

## KOMMENTAR

## Gefährlicher Daueralarm

**RECHTSRUTSCH** Im Januar übernimmt das krisengeschüttelte Ungarn den EU-Vorsitz. Kann das gutgehen?

**E**in Zauderer ist Viktor Orban wahrlich nicht. Seit gerade einmal sechs Monaten ist der ungarische Premier nun im Amt. Und doch hat er bereits ein halbes Dutzend Mal die Verfassung ändern lassen, ein völlig neues Grundgesetz ist auf dem Weg.



VON ULRICH KRÖKEL, MZ

Diskutieren Sie mit:  
www.mittelbayerische.de/forum

Die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds über weitere Kredithilfen für sein krisengeschütteltes Land hat Orban abgebrochen. Stattdessen hat er die Großunternehmen mit einer Sondersteuer belegt und die private Rentenversicherung für den Staat angezapft.

Orban kann all dies ohne viel demokratisches Federlesen tun, weil sein rechtskonservativer Bund Junger Demokraten (Fidesz) im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit verfügt. Und da Orban die unumstrittene Führungsfigur in seiner Partei ist, kann der Premier schalten und walten, wie er will. Keine Frage: All das ist höchst bedenklich. Hinzu kommt, dass die ultranationalistische, antisemitische und romafeindliche Partei Jobbik die Regierung vor sich herreibt – und zwar nach rechts. Doch ist Ungarn tatsächlich auf dem Weg in den Faschismus? So wollen es Orbans liberale und linke Gegner im In- und vor allem im Ausland weismachen.

Zweifel sind angebracht, zumal die Kritiker gnadenlos überziehen. Begriffe wie „Führerstaat“, „Blitzkrieg“ oder „Gleichschaltung“ sind fehl am Platze. Der Verdacht liegt nahe, dass hier ungarische Intellektuelle und westliche Medien Horrorgemälde an die Wand malen, um eigene politische und kommerzielle Interessen zu bedienen. „Faschismus“, das mobilisiert – und verkauft sich gut.

Ein Beispiel für die überschießenden Reaktionen: Kurz nach Orbans Amtsantritt wählte das ungarische Parlament den politisch unbedarften Ficht-Olympiasieger Pal Schmitt zum neuen Staatspräsidenten. Der Mann ist ein ergebener Anhänger des Fidesz-

Chefs. Doch warum die Wahl „putschartige Züge“ getragen haben soll, wie Orbans Gegner lästern, bleibt ein völliges Rätsel. In Ungarn entscheiden nun einmal die Abgeordneten über den Staatsoberhaupt, der ohnehin fast ausschließlich repräsentativ wirkt. Niemand käme doch wohl auf die Idee, in der Wahl von Christian Wulff zum Bundespräsidenten einen Putsch von Kanzlerin Angela Merkel zu sehen, nur weil die Regierungskoalition Wulff ins Amt verholfen hat.

Übertreibungen helfen im Falle Orban nicht weiter. Im Gegenteil: Wer wird angesichts des verfrühten Daueralarms noch auf die Warnsignale achten, wenn Orban eines Tages tatsächlich die Grenzen alles Legitimen überschreitet? Ausgeschlossen ist das ja keineswegs. Seine jüngste Ankündigung, das Verfassungsgericht entmachten zu wollen, nährt die Zweifel an der Demokratiefestigkeit des Ungarn.

Zunächst einmal gilt es aber auch umgekehrt, die demokratischen Spielregeln zu akzeptieren und den magyrischen Wählerwillen zu respektieren. Man mag es bedauern, aber mehr als zwei Drittel der Ungarn haben nun einmal für Orban gestimmt. Und das hat nicht zuletzt mit dem Versagen der acht Jahre amtierenden sozialistischen Vorgängerregierung zu tun. Die Wirtschaft des Landes liegt nicht von ungefähr am Boden. Der Staat ist nicht von ungefähr nahezu bankrott.

Im Januar übernimmt Ungarn die EU-Ratspräsidentschaft. Das ist eine Chance, Orban einzubinden. Der starke Mann in Budapest weiß ja nur zu gut um die Schwäche seines Landes. Ungarn ist auf europäische Unterstützung angewiesen, will es aus der Krise finden. Im Aufschwung aber verlieren Extremisten üblicherweise an Zugkraft. Wie es nicht funktioniert, hat die EU einst am Beispiel Jörg Haider vorgeführt. Ausgrenzung ist genauso schädlich wie Panikmache.

## WEITERE KOMMENTARE

**Bildung:** Darf es sein, dass deutsche Abiturienten den Österreichern die Studienplätze wegnehmen? [SEITE 5](#)

**Am Kreuzweg:** Seltsames Recht: Ein Vater lässt im Klassenzimmer das Kreuz abhängen. [SEITE 8](#)

## PRESSESTIMMEN

## Eßlinger Zeitung

Die schwäbische Zeitung zu Schäuble: „Dass die Kanzlerin eine Kabinettsbildung vornimmt, ist unwahrscheinlich. Selbst wenn sie es wegen Schäubles angeschlagener Gesundheit erwagen haben sollte – nach dem Fiasco hat sich dieser aus einem einfachen Grund stabilisiert: Bundeskanzler haben es, auf öffentlichen Druck hin einen Minister zu feuern. Zudem naht der Landtagswahltermin in Baden-Württemberg. Schäuble zu entlassen hieße, der CDU den im Lande angesehenen Minister zu rauben.“

## Frankfurter Allgemeine

Die Zeitung zu Zusatzbeiträgen: „Die CDU-Vorsitzende war auf das FDP-Begehren eingegangen, weil sie den Streit um die Pauschale nicht innerhalb der Union auskämpfen wollte; und weil sie wohl insgeheim hoffte, die FDP werde die Systemumstellung schaffen. Doch weit gefehlt. Für den grundlegenden Systemwechsel reicht nicht einmal die Kraft dieser Koalition, und der kleine Systemwechsel – Zuzahlungspflichten der Arbeitnehmer bei eingefrorenen Arbeitgeberbeiträgen – entbehrt jeglicher Steuerungsfunktion, die der Einführung der Praxisgebühr in der Theorie noch zugeschrieben werden konnte.“

## LA STAMPA

Die italienische Zeitung zu G20: „Geschickte Angela Merkel? Sicherlich spielen auch Glück und die Umstände eine Rolle. Frau Merkel hat jedoch die Macht, und sie weiß das. Deutschland ist ein ausgeglichener Gigant, der seine Konten in Ordnung und die Wiedervereinigung mit dem Osten verdaut hat. Die deutsche Verwaltung ist eine geölte Maschine sowie auch die deutsche Diplomatie – vielleicht ohne exzessive Fantasie, aber gewandt und pragmatisch, wenn es um das Aushandeln der europäischen Kompromisse hinter den Kulissen der Gipfel geht. Das ist ein Primat, auf den Deutschland nicht verzichten will, auch wenn es seinem heiligen Europazentrismus aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg schadet.“

## Hessische Allgemeine

Die Kasseler Zeitung zu Schäuble: „Wolfgang Schäuble entwickelt sich immer mehr zur tragischen Figur der deutschen Politik. Was hat der 68-Jährige nicht alles schon für unser Land geleistet! Doch ob unter Helmut Kohl oder unter Angela Merkel: Schäuble diente beiden als Lastenträger, dem die letzte Anerkennung stets verweigert wurde. Schäuble kämpft nun erkennbar mit letzter Kraft.“



Karikatur: Mester

## Ungerechte Grundsteuer

**AGRAR** Ein Eckpunktepapier sorgt für Verärgerung: Bei den Landwirten wird mit zweierlei Maß gemessen.

## AUSSENANSICHT



KARL FUCHS

Der Autor ist Landesvorsitzender des Verbands der Landwirte im Nebenberuf.

Im August stellte der Bundesfinanzhof fest, dass die alten Grundstückswerte von 1964 (Westdeutschland) und 1935 (Ostdeutschland) mit dem Grundgesetz nicht mehr vereinbar sind. Wenige Tage später präsentierten die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen ein Eckpunktepapier für eine vereinfachte Grundsteuer. Der Wert der Wohngebäude soll mit 20 Cent je Quadratmeter Wohnfläche, die landwirtschaftlichen und gewerblichen Gebäude sollen mit 40 Cent je Quadratmeter angesetzt werden. Für die Grundstücksflächen sind zwei Cent je Quadratmeter anzunehmen. Land- und forstwirtschaftliche Flächen sollen nicht mehr bewertet werden.

Eine solche Bewertung belastet vor allem die tierhaltenden Betriebe und die Betriebe in ertragsschwachen Standorten mit meist ungünstigem Klima und einem größeren Gebäudebestand. Ich will dies an zwei Beispielen aufzeigen. Ein kleiner Betrieb im Bayerischen Wald hatte in den 70er-Jahren ca. zehn Milchkuhe. Eine große Scheune aus den 50er-Jahren war nötig, da damals viel Heu und Stroh untergebracht werden musste. Raumsparende Silos kamen erst später. Die Ver-

änderungen brachten mit sich, dass die Kühe das nötige Familieneinkommen nicht mehr erbrachten. Der Betriebsleiter verdiente sein Geld außerhalb landwirtschaftlich. Er fehlte natürlich als Arbeitskraft auf dem Hof. Der Betrieb wurde dann auf extensive Färsenmast umgestellt und konnte somit erhalten werden. Ein Gewinn war nicht zu erwirtschaften, da es für Färsenhaltung keine Tierprämie wie etwa Bullenprämie oder Mutterkuhprämie gab. Ein tierechter Laufstall für die Winterhaltung wurde gebaut. Der alte Milchviehstall ist noch vorhanden und wird als Lagerraum verwendet.

Im Gegensatz dazu gibt es den Ackerbaubetrieb im „Ochsenfurter Gau“ etwa in gleicher Größe. Es werden Zuckerrüben und Getreide angebaut. Die Zuckerrüben werden nach der Ernte am Feldrand gelagert und dann in die Zuckerfabrik gebracht. Man braucht dafür keine Lagerräume. Das Getreide wird so wie bei ungefähr der Hälfte der Getreideerzeuger nach

der Ernte gleich ins Lagerhaus gebracht. Die früheren landwirtschaftlichen Gebäude aus Zeiten der Tierhaltung wurden zu einem Wohnhaus umgebaut. Der Maschinenpark ist in einer neuen Maschinenhalle untergebracht. Diese Halle ist auf einer Seite offen und gilt deswegen steuerlich nicht als Gebäude.

Vergleicht man die Betriebe, so fällt auf, dass der extensive Färsenhalter bedeutend mehr Gebäude braucht, als der intensive Ackerbaubetrieb. Vergleicht man die erwirtschafteten Einkommen, so sieht man, dass der Bayerwaldbauer so gut wie keinen Gewinn erwirtschaftet, der Gäubauer aber trotz Einschnitten noch schöne Gewinne einfahren kann. Ich gönne jedem sein Einkommen. Steuern aber sollte man dort eintreiben, wo Gewinne gemacht werden.

Nach den neuen Steuervorschlägen müsste der Bayerwaldbetrieb aber ein Vielfaches an Steuern zahlen, der gut verdienende Gäubodenbauer wird kaum zur Kasse gebeten. Diese Ungerechtigkeit kann nicht hingenommen werden, die Vorschläge im Eckpunktepapier sind ein nicht durchdachter Schnellschuss. Steuer kann meines Erachtens nur dort eingetrieben werden, wo auch Gewinn gemacht wird. Mit Gebäuden alleine ist kein Gewinn garantiert.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

## Frage der Woche

**Schleifen, Kugeln, Christbäume: In den Geschäften ist die Weihnachtsdeko schon allgegenwärtig. Haben Sie schon Geschenke eingekauft?**

► Ja, so vermeide ich Stress.  
► Nein. Das mache ich kurz vor den Feiertagen.

► Ich verschenke nichts.

**Schenken Sie uns Ihre Stimme:**

[www.mittelbayerische.de/voting](http://www.mittelbayerische.de/voting)  
**Vergangene Woche fragten wir:** Sollten Energiekonzerne an den Millionen-Kosten für den Atommüll-Transport beteiligt werden?

92% Ja

8% Nein

## Meistgelesen

**01 Zirkus geräumt** Der Zirkus Brumbach sucht ein Winterquartier. Die Hallen des Alten Schlachthofs musste das kleine Unternehmen verlassen.  
**02 Schwarzfahrerin** Eine Zugbegleiterin fand ein ausgesetztes Kätzchen.

## Gesundheits-Tipp

Nasenspülungen beugen im Winter Schnupfen und Nebenhöhlenentzündungen vor. Gerade während der Heizperiode trocknen die Schleimhäute der Nase besonders schnell aus.

[www.mittelbayerische.de/leben](http://www.mittelbayerische.de/leben)



## Video des Tages

Der Zirkus Brumbach hatte sich mit seinen Tieren in Gebäuden der Stadt am Alten Schlachthof einquartiert. Die Hallen aber als einsturzgefährdet. Am Donnerstagabend wurde der Zirkus geräumt. Eine neue Bleibe wird gesucht.

[www.mittelbayerische.de/video](http://www.mittelbayerische.de/video)

## facebook -Thema

**Bayerisches Derby: Am Sonntag spielt der FC Bayern gegen den Club aus Nürnberg. Wem drückt ihr die Daumen?**

## Reaktionen:

Nürnberg :) *Alina*  
Ebenfalls dem Club!! *Conny*  
Ich gönne dem Club einen spannenden 3:2-Sieg. *Axel*  
Liebe Bayern! Zoagts den Franken, wo der Battl den Most holt. *Florian*

Klar doch dem FC Bayern, der Nürnberg 6:0 nach Hause schickt. *Daniel*

Diskutieren Sie mit der MZ-Online-Redaktion unter [facebook.de/mittelbayerische.de](http://facebook.de/mittelbayerische.de)